

Kommentare

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **73 (1993)**

Heft 5

PDF erstellt am: **23.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wirtschaftliche Kooperation statt politische Zentralisation

Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa ist es zu einem dramatischen Anwachsen sezessionistischer Bewegungen gekommen. Die Sowjetunion existiert nicht mehr. Statt dessen gibt es auf ihrem Territorium nun mehr als ein Dutzend unabhängiger Staaten, und viele andere ihrer mehr als hundert verschiedenen Volks-, Religions- und Sprachgruppen streben gleichfalls nach Unabhängigkeit. Jugoslawien ist in verschiedene nationale Komponenten auseinander gebrochen. An seiner Stelle gibt es jetzt Slowenien, Kroatien, Serbien und Bosnien. Die Tschechen und die Slowaken haben sich getrennt und unabhängige Staaten gebildet. Darüber hinaus gibt es Ungarn in der Slowakei, Ungarn, Mazedonier und Albanier in Serbien, Deutsche in Polen, Deutsche und Ungarn in Rumänien und Türken und Mazedonier in Bulgarien, die alle ihre Unabhängigkeit begehren. Und die osteuropäischen Ereignisse haben auch Westeuropas Sezessionsbewegungen neuen Auftrieb gegeben: den Schotten und Iren in Grossbritannien, den Basken und Katalanen in Spanien, den Flamen in Belgien und den Südtirolern und der Lega Nord in Italien.

Betrachtet man Ereignisse demgegenüber aus globaler Perspektive, so gelangt man zum Schluss, dass sich die Menschheit gleichzeitig mehr denn je zuvor in ihrer Geschichte dem Zustand einer einzigen, erdumspannenden Welt-Regierung angenähert hat. Schon vor der Auflösung der Sowjetunion besaßen die Vereinigten Staaten Hegemonie

über Westeuropa (insbesondere Deutschland) und den Pazifik (insbesondere Japan) – angezeigt durch Truppenstationierungen und Militärstützpunkte, den NATO und SEATO Pakt, die Rolle des US-Dollars als internationaler Reservewährung und der amerikanischen Zentralbank (FRS) als «Gläubiger» und «Liquiditätsgarant» letzter Instanz für das gesamte westliche Bankensystem sowie durch Institutionen wie den International Monetary Fund (IMF) und die Weltbank. Darüber hinaus hat unter amerikanischer Hegemonie die politische Integration Westeuropas stetige Fortschritte gemacht. Noch vor der Jahrhundertwende soll die Europäische Zentralbank mit der Emission einer einheitlichen Währung, dem ECU, vollendet sein. Nach dem Verschwinden der Sowjetunion und ihres militärischen Drohpotentials sind die Vereinigten Staaten die einzige und unbestrittene militärische Supermacht.

Ein Blick auf die Geschichte eröffnet eine weitere Perspektive: Am Beginn dieses Jahrtausends bestand Europa aus Tausenden von unabhängigen territorialen Einheiten. Am Ende verblieben nur ein paar Dutzend. Zwar gab es auch dezentralisierende Kräfte. Da war die fortschreitende Auflösung des ottomanischen Reichs vom 16. Jahrhundert bis hin zur Gründung der modernen Türkei nach dem Ersten Weltkrieg. Und das unzusammenhängende Habsburger Reich löste sich vom Zeitpunkt seiner grössten Ausdehnung unter Karl V. an allmählich auf, bis es schliesslich 1918 mit der Gründung der Republik Öster-

reich verschwand. Doch die vorherrschende Tendenz ging in die umgekehrte Richtung. Während der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts bestand Deutschland zum Beispiel aus 234 Ländern, 51 Freistädten und 1500 unabhängigen Reichsrittertümern. Anfang des 19. Jahrhunderts war die Zahl unabhängiger Territorien auf unter 50 gefallen, und 1871 erfolgte schliesslich die Vereinigung. Ähnlich verlief die Geschichte Italiens. Und selbst für kleine Staaten war territoriale Ausdehnung und Zentralisation ein bestimmendes Thema ihrer Geschichte. Die Schweiz z. B. begann 1291 als Konföderation der drei eigenständigen «Urkantone», um schliesslich 1848 zu einem einheitlichen Bundesstaat mit gut zwei Dutzend kantonalen Gliedstaaten zu werden.

Kleinheit als Garant massvoller Besteuerung

Wie sind diese Phänomene zu interpretieren? Der vorherrschenden orthodoxen Sichtweise zufolge ist Zentralisation im allgemeinen eine «gute» und fortschrittliche Entwicklung, während Auflösung und Sezession, auch wenn sie manchmal unvermeidlich sein mögen, einen Anachronismus darstellen. Grössere politische Einheiten – und letztendlich eine einzige Weltregierung – bedeuten angeblich ausgedehntere Märkte und entsprechend vermehrten Wohlstand. Und als Beleg für diese These wird darauf verwiesen, dass der historische Prozess der Zentralisation tatsächlich von einem deutlichen Anstieg des Wohlstands begleitet wurde.

Die orthodoxe Sichtweise hat freilich weniger mit der Wahrheit zu tun als mit der Tatsache, dass die Geschichte üblicherweise von ihren Siegern geschrie-

ben wird. Eine Korrelation oder zeitliche Koinzidenz von Ereignissen beweist nicht, dass diese kausal verbunden sind. In der Tat ist die Beziehung zwischen ökonomischem Wohlstand und Zentralisation ganz anders, als was die vorherrschende Meinung annimmt – nämlich nahezu das Gegenteil.

Politische Integration (Zentralisation) und wirtschaftliche Integration sind völlig verschiedene Phänomene. Politische Integration ist die territoriale Ausdehnung einer staatlichen Macht, Steuern zu erheben sowie die Nutzungsweisen privaten Eigentums zu regulieren (und somit Enteignungen vornehmen zu dürfen). Wirtschaftliche Integration ist die Ausdehnung interpersoneller und interregionaler Arbeitsteilung und Marktteilnahme.

Im Prinzip, sofern sie Privateigentümer und die Bezieher von Markteinkünften besteuern und regulieren, sind alle Regierungen kontra-produktiv. Sie *reduzieren* die Marktteilnahme und die Formierung wirtschaftlichen Wohlstands. Abgesehen davon gibt es aber keine direkte Beziehung zwischen territorialer Grösse und wirtschaftlicher Integration. Die Schweiz und Albanien sind kleine Länder. Doch die Schweiz weist einen hohen Grad an ökonomischer Integration auf und Albanien nicht. Die Vereinigten Staaten und die frühere Sowjetunion sind beide gross. Während in den Vereinigten Staaten eine ausgedehnte Arbeitsteilung und Marktteilnahme existiert, gab es in der Sowjetunion, wo jedes private Kapitalverbot war, praktisch keine wirtschaftliche Integration. Zentralisation kann demnach sowohl mit ökonomischem Fortschritt als auch mit Rückschritt Hand in Hand gehen. Fortschritt resultiert, wenn eine weniger steuernde und regulierende Regierung ihr Ter-

ritorium auf Kosten stärker ausbeutender Regierungen ausdehnt. Im umgekehrten Fall führt Zentralisation zu ökonomischer Desintegration und Rückschritt.

Aber es gibt eine höchst wichtige indirekte Beziehung zwischen Grösse und wirtschaftlicher Integration. Eine Zentralregierung, die über ein weit ausgehntes Territorium herrscht – und noch mehr eine Weltregierung – kann nicht *ab ovo* entstehen. Vielmehr müssen alle mit der Macht der Besteuerung und Regulierung ausgestatteten Institutionen klein beginnen. Doch Kleinheit sorgt für Mässigung. Eine kleine Regierung besitzt viele nahe Konkurrenten, und wenn sie die eigenen Staatsangehörigen merklich höher besteuert und reguliert als diese Konkurrenten, sieht sie sich unmittelbar mit Auswanderungen und einem entsprechenden Verlust an zukünftigen Steuereinkünften konfrontiert. Man betrachte einen einzelnen Haushalt oder ein Dorf als unabhängiges Territorium: Kann ein Vater seinem Sohn oder ein Bürgermeister seinen Dorfbewohnern das antun, was die Regierung der Sowjetunion ihren Untertanen antat (d. h., ihnen das Recht auf jedes private Kapitaleigentum abzusprechen) oder was die Regierungen Westeuropas und der Vereinigten Staaten ihren Bürgern als Steuerzahler zumuten (d. h. bis zu 50 Prozent ihrer produktiven Leistungen zu enteignen)? Offensichtlich nicht. Entweder würde eine Revolte ausbrechen und die Regierungsautorität gestürzt oder eine Auswanderung in andere, benachbarte Haushalte oder Dörfer würde einsetzen.

Im Gegensatz zur orthodoxen Sicht ist es somit gerade die Tatsache, dass Europa an seinen Anfängen eine hochgradig dezentrale Machtstruktur besass und aus zahllosen unabhängigen politischen Einheiten bestand, welche die

Entstehung des Kapitalismus – die Ausdehnung von Marktteilnahme und wirtschaftlichem Wachstum – in der westlichen Welt erklärt. Es ist kein Zufall, dass das erste Aufblühen des Kapitalismus unter Bedingungen extremer politischer Dezentralisation stattfand: in den norditalienischen Stadtstaaten, in Süddeutschland, und in den sezessionistischen Niederlanden.

Standortwettbewerb

Der Wettbewerb zwischen kleinen Regierungen um besteuerbare Untertanen bringt sie in Konflikt miteinander. Als Resultat zwischenstaatlicher Konflikte, historisch im Verlauf von Jahrhunderten, kommt es dazu, dass einige Staaten ihr Territorium erfolgreich ausweiten, während eine grössere Zahl anderer Regierungen eliminiert und ihre Territorien inkorporiert werden. Welche Staaten in diesem Prozess eliminativer Konkurrenz gewinnen und welche verlieren hängt von vielerlei Faktoren ab. Doch langfristig wird das Resultat durch die relative Grösse der einer Regierung zur Verfügung stehenden ökonomischen Ressourcen bestimmt. Mit Steuern und Regulierungen tragen Regierungen nicht positiv zur Entstehung ökonomischen Wohlstands bei. Sie zehren statt dessen parasitär an existierendem Wohlstand. Doch können sie die Grösse des existierenden Wohlstands negativ beeinflussen. Je niedriger die Belastung durch Steuern und Regulierungen, um so grösser ist *ceteris paribus* das Bevölkerungswachstum (aus internen Gründen sowie aufgrund von Zuwanderungen), und um so grösser ist der inländische Wohlstand, von dem eine Regierung in einem Konflikt mit benachbarten Konkurrenten zehren

kann. Aus diesem Grund ist Zentralisation häufig fortschrittlich. Staaten, die ihre Untertanen wenig besteuern und regulieren – liberale Staaten – besiegen und erweitern ihr Territorium auf Kosten von nicht-liberalen Staaten. Dies erklärt das Aufkommen der «industriellen Revolution» im zentralisierten England und Frankreich. Es macht verständlich, warum die Staaten Westeuropas im Verlauf des 19. Jahrhunderts Dominanz über den Rest der Welt errangen (statt umgekehrt) und warum der europäische Kolonialismus generell fortschrittlich war. Und es erklärt den Aufstieg der Vereinigten Staaten zum Rang einer Supermacht im Verlauf des 20. Jahrhunderts.

Doch je weiter der Prozess der expansiven Durchsetzung liberalerer gegenüber weniger liberalen Staaten dann fortschreitet – je ausgedehnter die staatlichen Territorien, je weniger und entfernter die verbleibenden Konkurrenten und je kostenaufwendiger dementsprechend internationale Wanderungen sind –, desto geringer wird der Anreiz für eine Regierung, in ihrem Liberalismus fortzufahren. Je näher man dem Endpunkt einer einzigen Weltregierung kommt, um so mehr verschwinden die Möglichkeiten, mit den Füßen gegen eine Regierung abzustimmen. Wohin man auch wandert, überall ist die Besteuerungs- und Regulierungsstruktur dieselbe. Derart vom Problem ökonomisch motivierter Auswanderungen befreit, entfällt ein grundlegendes, der Ausdehnung staatlicher Macht entgegenstehendes Hindernis. Dies erklärt den Verlauf des 20. Jahrhunderts: Mit dem Ersten Weltkrieg – und mehr noch mit dem Zweiten – erlangte die Regierung der Vereinigten Staaten Hegemonie über Westeuropa und wurde zum Erben der ausgedehnten europäischen

Kolonialreiche. Damit war ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur globalen Vereinigung vollzogen. Eine *Pax Americana* wurde etabliert. Und tatsächlich erlebten die Vereinigten Staaten, Westeuropa und der grösste Teil des Rests der Welt in diesem Zeitraum ein ständiges und dramatisches Anwachsen staatlicher Macht, steuerlicher Belastungen und regulatorischer Enteignungen.

Vertragliche statt hoheitliche Beziehungen

Worin besteht dann die Rolle von Sezession?

Zunächst beinhaltet Sezession nicht mehr als eine Verlagerung der Kontrolle über den nationalisierten Wohlstand von einer grösseren, zentralen Regierung auf eine kleinere, regionale. Ob dies zu vermehrter oder verringerter wirtschaftlicher Integration führt, hängt von der Politik der neuen, regionalen Regierung ab. Doch bereits die blosser Tatsache einer Sezession hat eine unmittelbare positive Auswirkung auf die Produktionsleistungen. Denn einer der wichtigsten Gründe für Sezession ist charakteristischerweise die Überzeugung auf Seiten der Sezessionisten, dass sie und ihr Territorium durch Fremde ausgebeutet werden. Die Slowenen waren überzeugt – und mit gutem Grund –, dass sie von den Serben und der serbisch beherrschten jugoslawischen Zentralregierung systematisch ausgeraubt wurden; und die baltischen Völker waren über die Tatsache erbost, dass sie den Russen und der russisch dominierten Regierung der Sowjetunion Tribut zu entrichten hatten. Durch Sezession werden hoheitliche inländische Beziehungen durch vertragliche, wechselsei-

tig vorteilhafte auswärtige Beziehungen ersetzt. An die Stelle erzwungener Integration tritt die freiwillige Trennung. Erzwungene Integration, illustriert z. B. durch Massnahmen wie das amerikanische «*busing*», Mietkontrollen, Anti-Diskriminierungsgesetze oder – wie noch zu erklären sein wird – Einwanderungsfreiheit, erzeugt unausweichlich soziale Spannungen, Hass und Konflikt. Dagegen kann eine freiwillige Separierung zu sozialer Harmonie und Frieden führen. Unter einem Regime erzwungener Integration lässt sich für jeden Misserfolg eine andere, fremde Gruppe oder Kultur verantwortlich machen, während jeder Erfolg als eigener reklamiert werden kann, so dass es wenig oder keinen Grund gibt, voneinander zu lernen. Unter einem Regime des «*separate but equal*» ist man dagegen zur Anerkennung der Tatsache gezwungen, dass es nicht bloss eine kulturelle *Vielfalt* gibt, sondern vor allem eine sichtbare *Rangordnung* kultureller Entwicklung. Wenn eine sezessionistische Bevölkerung ihre relative Position gegenüber einer anderen, benachbarten Volksgruppe verbessern oder aufrechterhalten will, hilft nichts als diskriminierendes Lernen. Die Fertigkeiten, Charakterzüge, Praktiken und Regeln fortgeschrittener Kulturen müssen imitiert, assimiliert und nach Möglichkeit verbessert und diejenigen weniger entwickelter Kulturen vermieden werden. Anstatt wie erzwungene Integration zur kulturellen Nivellierung beizutragen, fördert Sezession einen kooperativen Prozess kultureller Selektion und zivilisatorischen Fortschritts.

Obwohl alle weiteren Wirkungen von der Politik der neuen, regionalen Regierung abhängen und keine unmittelbare Beziehung zwischen territorialer Grösse und wirtschaftlicher Integration besteht, gibt es jedoch eine wichtige indirekte

Beziehung zwischen beiden Variablen. So wie Zentralisation letztendlich zu ökonomischer Desintegration führt, so trägt Sezession zur Integration und zu wirtschaftlichem Fortschritt bei. Zum einen bedeutet Sezession immer die Trennung einer kleineren von einer grossen Population und ist damit eine Entscheidung gegen das Prinzip der Demokratie und der Mehrheitsherrschaft und zugunsten privaten, dezentralisierten Eigentums. Wichtiger noch: Sezession bedeutet immer eine Zunahme der Möglichkeiten internationaler Wanderung, und eine sezessionistische Regierung ist darum unvermittelt mit dem Gespenst einer Auswanderungsbewegung konfrontiert. Um den Verlust insbesondere ihrer produktivsten Staatsangehörigen zu vermeiden, steht sie unter verstärktem Druck, eine vergleichsweise liberale Innenpolitik zu verfolgen und mehr Privateigentum zuzulassen und geringere Steuern und Regulierungen aufzuerlegen als ihre Nachbarn. Letztendlich, mit so viel Territorien wie es unabhängige Haushalte, Dörfer oder Städte gibt, würden die Gelegenheiten ökonomisch motivierter Wanderungsbewegungen maximiert, und die Macht einer Regierung über ihre heimische Ökonomie würde minimiert.

Je kleiner ein staatliches Territorium, desto grösser ist insbesondere der Druck, Freihandel statt Protektionismus zu betreiben. Jeder staatliche Eingriff in den Aussenhandel beschränkt den Bereich wechselseitig vorteilhaften interregionalen Austausches und führt damit zu relativer Verarmung, zu Hause wie im Ausland. Doch je kleiner ein Territorium und seine internen Märkte, um so dramatischer ist dieser Effekt. Ein Land von der Grösse Russlands z. B. kann möglicherweise einen vergleichs-

weise hohen Lebensstandard erzielen, selbst wenn es auf jeden Aussenhandel verzichtet, vorausgesetzt, es besitzt einen unbeschränkten internen Kapital- und Konsumgütermarkt. Wenn sich dagegen vorwiegend serbische Dörfer oder Städte vom sie umgebenden Kroatien trennen, und wenn sie dieselbe protektionistische Politik verfolgen, so wäre eine unmittelbare wirtschaftliche Katastrophe das Resultat. Man betrachte einen einzelnen Haushalt als die kleinste vorstellbare sezessionistische Einheit. Indem ein Haushalt eine unbeschränkte Freihandelspolitik verfolgt, wird selbst das kleinste Territorium vollständig in den Weltmarkt integriert und hat an allen Vorteilen der Arbeitsteilung teil, und seine Eigentümer können potentiell zu den reichsten Bewohnern der Erde werden. Die Existenz irgendeiner reichen Person, irgendwo, ist der lebende Beweis hierfür. Wenn derselbe Haushalt sich dagegen umgekehrt entschliesst, auf allen auswärtigen Handel zu verzichten, so wären tiefste Armut oder gar Tod die Folge. Je kleiner ein Territorium und seine internen Märkte, um so grösser ist darum die Wahrscheinlichkeit, dass es für eine Politik des internationalen Freihandels optiert.

Sezessionismus als fortschrittliche Kraft

Sezessionismus und das Wachstum separatistischer und regionalistischer Bewegungen in Ost- und Westeuropa sind von daher kein Anachronismus. Vielmehr muss es als die potentiell fortschrittlichste historische Kraft gelten, insbesondere angesichts der Tatsache, dass sich die Menschheit mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion näher als je zuvor dem Zustand einer globalen «*new world order*» angenähert hat.

Sezession erhöht die ethnische, sprachliche, religiöse und kulturelle Vielfalt, während im Verlauf von Jahrhunderten der Zentralisierung Hunderte von selbständigen Kulturen zertrampelt wurden. Sezession beendet die durch Zentralisierung erzeugte, erzwungene Integration und fördert anstatt Streit und kultureller Nivellierung den friedlichen Wettbewerb unterschiedlicher, territorial getrennter Kulturen. Insbesondere beseitigt Sezession das «Einwanderungsproblem», von dem die Länder Westeuropas ebenso wie die Vereinigten Staaten zunehmend geplagt werden. Immer wenn eine Zentralregierung gegenwärtig die Einwanderung erlaubt, gestattet sie Ausländern damit auf regierungseigenen Strassen buchstäblich bis zur Türstufe eines jeden Bewohners hin fortzuschreiten, gleichgültig, ob diese Bewohner eine derartige Nähe zu Ausländern wünschen oder nicht. «Freie Einwanderung» ist somit in grossem Ausmass erzwungene Integration. Sezession löst dieses Problem, indem kleinere Territorien jeweils ihre eigenen Zulassungsstandards besitzen und unabhängig voneinander bestimmen, mit wem sie sich auf ihrem eigenen Territorium einlassen wollen, und mit wem sie statt dessen lieber aus der Ferne kooperieren. Schliesslich fördert Sezession die wirtschaftliche Integration und Entwicklung. Der Prozess der Zentralisierung hat zur Errichtung eines internationalen, U.S.-dominierten Regierungskartells kontrollierter Bevölkerungswanderung, geregelten Handels und Papiergeldes geführt, zu immer zudringlicheren und bedrückenderen Regierungen, zu globalisierter Militarisierung und Wohlfahrtsstaatspolitik und wirtschaftlicher Stagnation oder gar sinkendem Wohlstand. Sezession, wenn sie nur weit genug geht, kann all dies verän-

dern. Ein Europa, das aus Hunderten von Ländern, Regionen und Kantonen sowie aus Tausenden von Freistädten (wie die gegenwärtigen Besonderheiten Liechtenstein, Monaco, San Marino und Andorra) besteht und dementsprechend riesig vermehrte Möglichkeiten ökonomisch motivierter Wanderungen

aufweist, wäre durch kleine, liberale Regierungen, durch einen allgemeinen Freihandel und ein internationales Warengeld, wie Gold, charakterisiert. Es wäre ein Europa beispiellosen wirtschaftlichen Wachstums und unerhörten Wohlstands.

Hans-Hermann Hoppe

Wachsende Spannungen in Ägypten

Es muss nicht notwendigerweise so kommen, wie es eine Zeitung der religiösen Opposition in Ägypten («*aš-Ša^cb*»/«*Das Volk*», 23. März 1993) durch eine Schlagzeile andeutete. «*Mubaraks Reise nach Washington gleicht der letzten Reise Sadats*», hiess es da, und in einem Artikel wurde diese Vorstellung folgendermassen ausgearbeitet: «*Die Herrschenden haben sich weitgehend von ihren Verpflichtungen abgewandt. Und nach all den Beschlüssen bezüglich nationaler Vorhaben und ausländischer Banken (es geht in erster Linie um die Privatisierung der ägyptischen Wirtschaft, H. F.) kommt nun Präsident Mubaraks Reise nach Washington, wo er den amerikanischen Präsidenten treffen wird. Diesen wird er ganz sicher um grössere Zurückhaltung und eine nachgiebigere Haltung bitten. Nun begibt sich der Präsident dieses Mal aber nach Washington inmitten einer «umwölkten» Atmosphäre, derjenigen nicht unähnlich, die den ehemaligen Präsidenten Anwar Sadat bei seiner letzten Reise umgab, als er den früheren amerikanischen Präsidenten Reagan traf und nach der bekannt wurde, dass er den USA nicht mehr genehm war.*»

Wie gesagt, es muss nicht so oder so weit kommen. Doch die Probleme, die Präsident *Mubarak* mit oder ohne Amerikareise hat, sind enorm. Sie sind hausgemacht *und* importiert, und sie reichen ganz sicher über die Probleme mit den islamistischen Terroristen hinaus, wobei deren Rolle geleugnet werden soll.

Die letzte 1992-Nummer (28. Dezember 1992) der Wochenzeitschrift «*Rûz al-Yûsuf*» – das ist der Name der Gründerin dieses einstmals linken Oppositionsblattes – trug als Leitmotiv die Schlagzeile: «*Das Jahr des Krieges mit Koran und Evangelium*». Im Heft findet sich unter anderem ein kleiner Artikel des säkularistischen Denkers *Said al-Aschmawi*, der darin dem Westen vorwirft, massgeblich an der Unterstützung der islamistischen Bewegungen beteiligt zu sein: *Khomeini* habe in Frankreich ebenso Aufnahme gefunden wie das geistige Oberhaupt der terroristischen *Dschihad*-Organisation *Omar Abdalrachman* in den USA, und der CIA finanziere Veranstaltungen, an denen Mitglieder extremistischer islamischer Organisationen auftreten.

Anderswo ist von anderen ausländischen Mächten und Kräften die Rede,

die den islamistischen Terror in Ägypten unterstützen, die mitplanen, mithelfen, mitjubeln (so in der halbamtlichen Tageszeitung «*al-Ahrâm*»/«*Die Pyramiden*», 19. März 1993); genannt werden in erster Linie Sudan und Iran. Diese hegen die Absicht, das «*solide Staatswesen*» (eine Vorstellung, von der regierungsnahe Zeitungen eher ausgehen als regierungsferne) zu erschüttern und die «*wirtschaftlichen Hoffnungen*», wie sie zumal der Tourismus bietet, zunichte zu machen (so das ebenfalls halbstaatliche Blatt «*al-Ahbâr*»/«*Die Nachrichten*», 17. März 1993).

Der islamistische Terrorismus ist aber nicht einfach ein marginales Problem, so war in der weit verbreiteten, sehr regierungsnahen (!) Zeitung «*al-Muṣawwar*»/«*Die Illustrierte*» (19. März 1993) zu lesen, sondern ein Phänomen, das schon lange im Tun und Werden ist. Seit zwanzig Jahren sei er sichtbar, seit nämlich Anfang der siebziger Jahre der damaligen Präsident *Anwar Sadat* die Islamisten förderte in seinem Kampf gegen die linke Opposition. Nun, so derselbe Artikel weiter, sei islamistisches Gedankengut, das Religion mit Gewalt verbindet, schon bei vielen Jungen heimisch, das Phänomen sei also nicht mehr mit ein paar Polizeirazzien zu beseitigen. Problematisch sei eben besonders, dass diesem Denken seit langer Zeit keine klare Gegenmeinung, keine starken demokratischen Kräfte gegenüberstehen, die das junge Pflänzlein Demokratie in diesem Lande zu schützen willens wären.

Hier rührt der Autor des Artikels an sehr wesentliche und empfindliche Punkte für die augenblickliche Entwicklung in Ägypten: Die Orientierungslosigkeit der Regierung, ihre Unfähigkeit auch, der Bevölkerung, zumal den Jun-

gen (etwa 70 Prozent der Bevölkerung dürfte jünger als dreissig Jahre sein) etwas zu bieten, das sind immer wieder zu hörende und zu lesende Vorwürfe. Dann spielt aber auch noch eine wesentliche Rolle, dass es einen Machtkampf gibt zwischen der Regierung und dem, was allgemein «*das religiöse Establishment*» genannt wird, das eben, trotz aller gegenteiliger Beteuerungen von muslimischer Seite, tatsächlich ein Machtfaktor ist.

Regierung im Zwielficht

Die Regierung ist in jüngster Zeit durch mehrere Vorfälle und Vorgänge arg ins Zwielficht geraten. Da ist zum Beispiel – für eine Gesellschaft mit recht strengen Moralvorstellungen noch schwerwiegender als anderswo – eine Bettgeschichte, an der höchste Persönlichkeiten aus der Armee beteiligt waren und die seitens der Regierung lange Zeit vertuscht, kaschiert und verharmlost wurde. Da sind aber auch zahlreiche Vorfälle «*nicht wahrgenommener Verantwortung*» oder ganz direkter Bestechung, woran Kritiker ihren Vorwurf mangelhafter Demokratie aufhängen können, die beispielsweise in der genannten Zeitung «*aš-Šaʿb*» (19. März 1993): «*In wahrhaft demokratischen Ländern wird ein Missetäter umgehend zur Rechenschaft für sein Tun gezogen. Das war übrigens auch bei uns noch vor einem halben Jahrhundert der Fall, als die Gesichter noch Schamröte kannten: jemand trat allein wegen eines Pressehinweises auf einen Verwandten vierten Grades zurück. Heute dagegen hat sich die Pest ausgebreitet, ist die Scham verschwunden, und die Korruption und die Korrupten feiern fröhliche Urständ.*»



Hier liegen die vielfach zu hörenden und zu lesenden Vorwürfe, die der Regierung eigentliches Kopferbrechen machen müssten – «undemokratisch» und «korrupt». Durch diesen Mangel an Glaubwürdigkeit fällt es der Regierung schwer, gewisse wirtschaftliche Massnahmen, auch wenn sie notwendig sein mögen, der Bevölkerung näherzubringen.

Eine dieser Massnahmen ist die Privatisierung, für die erst vor kurzer Zeit, vergleichbar der «Deregulierung», ein neues Wort aufkam. Für diese jüngst eingeleiteten Privatisierungsmassnahmen gibt es, verständlicherweise von Regierungsseite, vielfache Rechtfertigungen. Es ist da von notwendiger Umstrukturierung ebenso die Rede wie von Effizienzsteigerung, Marktanpassung und von «Angebot und Nachfrage»... Doch selbst in den zahlreichen halbstaatlichen oder regierungsnahen Blättern sind die Vorbehalte unüberhörbar (z. B. am 21. März 1993 in der von Sadat gegründeten Wochenzeitschrift «Uktûbir»/«Oktober», die böse Zungen «Kip-pûr» nennen). Zahlreiche ägyptische Experten meinen, das Ganze laufe nun doch ein wenig zu rasch ab, und die Situation der Arbeiter sei nicht hinlänglich gesichert. Die Opposition dagegen sieht in diesen Privatisierungsmassnahmen, die noch zahlreichere westliche Geschäftsleute als bisher schon ins Land gebracht haben, einen Ausverkauf Ägyptens, der sogar im Zusammenhang mit der «Ausplünderung der gesamten Region» (so in «aš-Ša^cb» 23. März 1993) gesehen wird: «Das Gesetz der allgemeinen Ausplünderung in Ägypten (bekannt als «Gesetz über den Arbeitssektor»), das unsere nationalen Projekte Ausländern und Zionisten um einen Spottpreis überlässt, ist, so meinen wir, Bestandteil der allgemeinen Ausplünde-

rung der Region. Ebenso die wichtige Revision des Bankengesetzes, das 22 gigantischen ausländischen Banken die Tür zum ägyptischen Pfund öffnet. Im ersteren wie im letzteren Fall handelt es sich um die Übergabe unserer Projekte und unserer Finanzen in ausländische Hand. Dadurch hält in Ägypten das Einzug, was man als «mittelöstlichen Markt» bezeichnet.»

Die Personen, die durch diese Massnahmen ihren, wenn auch schlecht bezahlten Arbeitsplatz verlieren, werden sich auch durch die Genugtuung nicht beeindrucken lassen, mit der anderswo («Ahbâr al-yaum», 20. März 1993) ein Bericht der Weltbank zitiert wird, laut dem sich die ägyptische Wirtschaftsentwicklung sehen lassen könne: 1992 sei die Inflation von 20 Prozent auf 10 Prozent gesunken, und das Budgetdefizit betrage nunmehr noch 3,5 Prozent. Auch durch die Lohnerhöhungen für das Staatspersonal wird sich niemand trösten lassen, besonders weil durch gleichzeitige Preiserhöhungen die Lohnverbesserungen für jene Gruppe wieder aufgehoben, für alle anderen aber die materielle Situation noch prekärer wird. Die oppositionelle liberale Tageszeitung «al-Wafd»/«Die Delegation» sprach von einer «Regierung, die mit der Linken nimmt, was sie mit der Rechten gibt» (22. März 1993).

Staatliches Nachgeben gegenüber religiösen Forderungen

Doch nicht nur um Wirtschaft und auch nicht nur um Korruption und mangelndes Verantwortungsbewusstsein geht es. Vielleicht noch wichtiger, und sicher in Verbindung mit diesen genannten Problemen grundlegend, ist das Verhältnis zwischen Regierung und dem

genannten «*islamischen Establishment*», das hauptsächlich in der Ashar-Universität institutionalisiert und in deren Vorsteher, dem Scheich *al-Ashar*, verkörpert ist.

Beide, Regierung und Ashar, stehen gemeinsam gegen die «extremistischen» und/oder «terroristischen» (beide Begriffe werden verwendet) Islamisten-Gruppen. Sie haben ein gemeinsames Interesse an der Erhaltung der bestehenden staatlichen Ordnung. Doch um das Abdriften von weiteren Personen in den Extremismus oder Terrorismus zu verhindern, scheint sich die Regierung auf die bedenkliche Politik des Nachgebens gegenüber Forderungen der Ashar einzulassen, die durchaus «fundamentalistischen» Charakter haben, mitunter sogar als extremistisch oder repressiv eingestuft werden können. «Kirche» und Staat ergänzen sich so in ihren Absichten und Massnahmen, wobei aber der staatliche Apparat zurzeit am kürzeren Hebel zu sitzen scheint.

Die Beispiele für staatliches Nachgeben gegenüber «religiösen» Forderungen sind zahlreich, nur selten spektakulär, meist geringfügig, doch steter Tropfen ...

Dass Präsident Mubarak bei seinem Besuch in Saudiarabien Mitte März die *Umra*, die «kleine Pilgerfahrt» vollzog, mag völlig normal erscheinen für den Präsidenten eines mehrheitlich islamischen Landes. Aber der Vorgang wurde doch auffällig häufig und intensiv in der ägyptischen Presse erwähnt, und man darf darin durchaus einen Versuch sehen (wie ihn beispielsweise auch der türkische Präsident *Turgut Özal* vor Jahren unternahm), die muslimische Bevölkerung des Landes von der positiven Einstellung der Regierung gegenüber der Religion zu überzeugen.

Gefährdete Meinungsfreiheit

Viel bedenklicher erscheint da schon die Haltung der Meinungsfreiheit gegenüber, von der das religiöse Establishment nicht viel zu halten scheint, zumindest nicht, wenn sich die geäußerten Meinungen kritisch mit religiösen Traditionen oder dem Verhalten der Vertreter der Religion auseinandersetzen. Verschiedene Bücher sind verboten – auf Anfrage der «*Islamischen Forschungsakademie*», jener Ashar-Einrichtung, die eine der Hauptangriffspunkte der Vertreter der ägyptischen Menschenrechtorganisation ist, da von ihr Zensur, Schnüffelei, Beschlagnahmen ihren Ausgang nehmen. All das ohne eine gesetzliche Legitimation und auch ohne eine Rechtfertigung durch «*den Islam*», dem – worauf in zahllosen Artikeln immer wieder hingewiesen wird (z. B. «*Rûz al-Yûsuf*» 11. Mai 1993) – religiöse Institutionen fremd sind und der die Meinungsvielfalt als ein grundlegendes Element des gesellschaftlichen Zusammenlebens anerkennt.

Da aber die Ashar über keine eigenen Exekutivorgane verfügt, muss sie sich auf die staatlichen stützen, die ihr – und das ist der bedenklichste Punkt – immer häufiger hilfreich zur Seite treten. Wenn beispielsweise den Ashar-Theologen ein Buch nicht gefällt, teilen sie das den politischen Instanzen mit, die dann dafür sorgen, dass das Buch aus dem Handel gezogen wird. Das frappanteste und auch etwas makabre Schauspiel dieser Art wurde letzten Sommer geboten. Am 8. Juni war der scharfsinnige und scharfzüngige Säkularist und Kritiker des religiösen Establishments, *Farag Foda*, von einer islamistischen Gruppe umgebracht worden. Als daraufhin einige seiner Freunde eine Neuausgabe seiner Werke besorgt hatten, erklärte die As-

har-Akademie diese für verbotenswert – und die staatliche Polizei sorgte für die Umsetzung des Verbots in die Tat. Beide Organe, das religiöse und das staatliche, stellten sich somit – ideologisch zumindest – hinter das Attentat!

Ebenfalls auf Druck der Ashar wurde am staatlichen Fernsehen das Programm an Ramadan-Abenden geändert. Früher war da zur Zeit des Fastenbrechens am Abend immer Jubel-Trubel-Heiterkeit zu sehen. Inzwischen wird den Fastenbrechenden am Familientisch die beschaulich-ernste Verfilmung eines Stoffes aus der islamischen Geschichte geboten.

Letztes Frühjahr schon wurde im Parlament eine Gesetzesvorlage diskutiert, die (so die Wochenzeitschrift «*Sabâh al-hair*» 27. April 1992) vorsah, jedwede Verbreitung irgendwelcher Werke (Buch, Film, Musik usw.), die mit dem öffentlichen Anstand unvereinbar sind, unter Strafe zu stellen. Eine Folge solcher Tendenzen ist dann die immer stärkere staatliche Orientierung an der Meinung religiöser Instanzen. So, wenn der Präsident der ägyptischen Schriftstellerunion (einer Organisation, der inzwischen kein Schriftsteller von Rang und Namen mehr angehört), ein Gedicht zur «Beurteilung» an die Ashar schickt («*Rûz al-Yûsuf*» 28. Dezember 1992), weil Klagen wegen dieses Gedichts eingegangen seien. In dem daraufhin von vielen Schriftstellern und Intellektuellen unterzeichneten Protestbrief wird die Schriftstellerunion – eine staatliche Einrichtung! – als «*Terrorunion*» bezeichnet.

Wenn man schliesslich noch in Betracht zieht, dass islamistische Organisationen auch da eingreifen und wirken,

wo der Staat resigniert hat oder sich als unfähig erweist, z. B. in der ärztlichen Betreuung der Ärmsten, so wird das vielfältige Dilemma der Regierung deutlich. So hiess es am 19. März 1993 in «*aš-Ša^cb*»: «*Unablässig ziehen die <Karawanen der Barmherzigkeit> durch die Strassen und Gassen des Stadtteils al-Arba^cin in Sues. Es sind Ärzte der <islamischen Strömung>, die überall den Armen und Unvermögenden zur Seite stehen. Sie gehen in ihre Strassen und ihre Häuser und bieten ihnen kostenlose Dienstleistungen, ja sogar finanzielle Unterstützung an ...*»

Und so werden immer mehr Dinge – islamistischer Terrorismus hin oder her – «*im Namen Gottes*» getan. Die ägyptische Regierung, die von ihrer Struktur her durchaus säkularistisch ist, befindet sich in keiner beneidenswerten Situation, besonders solange nicht, als sie den heranwachsenden Jugendlichen nicht eine gewisse Perspektive, eine gewisse Orientierung zu vermitteln imstande ist. Und angesichts der wirtschaftlichen, politischen, aber auch der demographischen Entwicklungen sind Lösungen oder auch nur Perspektiven nicht in Sicht (der Perspektivlosigkeit der Jugend war die ganze letztjährige Dezembernummer der Zeitschrift «*al-Qâhira*»/«*Kairo*» gewidmet.)

Diese Lücke, in die konservative islamische Organisationen jedweder Couleur springen, könnte der Regierung irgendwann einmal zum Verhängnis werden. Auf welche Weise, das bleibt vorläufig offen, denn Ägypten ist ganz sicherlich nicht Iran, und es gibt dort keine Figur, die auch nur im entferntesten mit Imam Khomeini vergleichbar wäre.

Hartmut Fähndrich

Columbus and after – oder überhaupt

Jahr der Besinnung an Konferenzen in Jamaica – USA – Schaffhausen

Was während des Kolumbus-Jahres auffiel: Gerade im afrikanischen, karibischen und hispanischen Raum war dafür keine Resonanz vorhanden, d. h. gerade in jenen Gebieten, die von den Konsequenzen der damaligen Entdeckung Amerikas 1492 am meisten betroffen gewesen und es heute noch sind. Die Städte Genua, Geburtsstadt von Kolumbus, und Sevilla, sein Wirkungsfeld, holten beide reichlich nach, was die schwarze Welt versäumte. Sie taten es durch hochgestochene Projekte, natürlich in kompletter Disproportion zu den finanziellen Mitteln, ja in Genua musste man sich plötzlich fragen, wo der für die Projekte zur Verfügung stehende stattliche Betrag von 34 Milliarden Lire abgeblieben war. Noch auf der Linie des Normalen lag eine Ausstellung *«Christoph Kolumbus – das Schiff und das Meer»* in Genua, ebenso die Weltausstellung *«Expo 92»* in Sevilla, welche Kolumbus und dem Zeitalter der Entdeckungen gewidmet war. Die Festivitäten sollten das Image Spaniens auffrischen, welches offenbar gelitten hatte, so dass König Juan Carlos seinem Volk stolz verkündete: *«Wir werden die Grosstat, die wir 1492 vollbrachten, wiederholen»*, was wiederum eindeutig neben der Linie lag.

Das leise Donnerrollen, welches das gesamte Jahr anhielt, ohne offen auszubrechen, ging vor allem von den Indianern aus. *«I won't be celebrating Columbus Day»*, so formulierte es Susan Shown-Hajo vom Stamme der Cheyenne-Creek und Vorsitzende der *«Alliance for 1992»*. Sie fuhr fort: *«Was da gefeiert wird, ist unser Verlust: die Zerstörung der*

Umwelt, die Vergiftung unserer Gewässer, die Verwüstung unseres Landes, die Respektlosigkeit gegenüber unsern Traditionen.»

An den Konferenzen für Karibische und Hispanische Studien, die eine auf Jamaica, die andere in Magnolia, Arkansas, Heimat von Bill Clinton, ging man auf die eigene Kultur zurück, doch was darunter verstanden wurde, bereitete einige Verlegenheit.

Die Frage nach der karibischen Identität wurde bereits an unzähligen Konferenzen diskutiert. Im Verlauf dieser gründlichen Selbstbefragung teilte man das karibische Bewusstsein in die Sparten Afro-Kubanismus – Haitianischer Indigenismus – Einfluss von Négritude und Harlem Renaissance ein. Sie bewegten sich zwischen Anlehnung an die vormaligen Kolonialmächte und deren Kultur und die Rückbesinnung auf die afrikanischen Wurzeln, welche bis zur Vision einer Rückkehr nach Afrika reichten, das berühmte *«back to Africa»* oder *«roots»*. Mehr und mehr intensivierte sich der Kampf zwischen eigener Tradition und Anlehnung an den Westen; aufgrund der sozialen Probleme neigte sich die Waage mehr und mehr dem Kampf um soziale Gerechtigkeit, Erlösung aus Armut und Elend sowie einer Modernisierung der Gesellschaft zu. Auf der Konferenz mit Schwergewicht Karibik wurden Rastafari und Reggae diskutiert

Die Rastafari-Bewegung lehnt sich an Kaiser *Ras Tafari Makonen* von Äthiopien an; Rasta, das auserwählte Volk, die Kinder Israels, die nach ihrer Ver-

sklavung in Jamaica in babylonischer Gefangenschaft gehalten werden. Nach den Richtlinien des als Nationalheld und Prophet gefeierten *Marcus Garvey* werden sie in das Gelobte Land Afrika bzw. Äthiopien zurückkehren, aber auch hier besteht eine tiefgreifende Diskrepanz zwischen Wunsch und Verwirklichung. Aus der Rastafari-Bewegung ist die Musikform Reggae entstanden, in Trenchtown, Ghetto Kingstons, wo es Menschen gibt, die sich am Morgen nicht auf die Strasse wagen, da sie so arm sind, dass es ihnen an den wichtigsten Kleidungsstücken fehlt. Höhepunkt der Bewegung bildete die Musik von *Bob Marley* und *Peter Tosh*. Solange aus dem sozialen Elend hervorgewachsen, wurde Reggae weitgehend vor Kommerzialisierung und Verwässerung bewahrt. Hingegen kam man bald von der Idee einer Rückkehr nach Afrika ab. Die ersten «*dreadlocks*» fielen, die gezöpfelten Haare, Wahrzeichen der Rastas, das Rauchen von Cannabis, nicht stärker als Haschisch, wurde nicht mehr propagiert, das sakrale Essen der Rastas liess sich nicht überall durchhalten, Verwässerung trat auch auf dieser Ebene ein. Mit zunehmendem Erfolg der prominenten Reggae-Musiker vergrösserte sich der Abstand zwischen deren Glauben an Jah, beschützer Vater und Hüter der Erde, und einem Glauben an weltliche Güter und kommerzielle Verwertbarkeit dessen, was vormals Glaubensinhalt gewesen war. Gleich den Favelas Brasiliens oder Treichville in Abidjan und anderen Slums, wurde Trenchtown zu einem Mahnmal sozial unhaltbarer Zustände sowie Vorwurf an die Besitzenden, für die das alles einfach nicht wahr sein darf. Doch gerade im Ghetto entstanden Freskos von grosser Ausdruckskraft, im Landesinnern die Batiken der jamaikanischen Malerin *Eli*

Jah, Tuchbotschaften genannt. Sie wurden Anfang des Jahres im Romero-Haus in Luzern ausgestellt. Einen wichtigen Beitrag auf sozialer Ebene haben die beiden Zürcherinnen *Eira* und *Angela Schader* geleistet, indem sie in Trenchtown unter ungeheuren Anstrengungen ein «*Golden Age Home*», ein Altersheim für die Ärmsten der Armen erbauten, mit Hilfe von Spenden aus der Schweiz und eigenem Engagement.

Die Diskrepanz zwischen Interesse an eigenen Traditionen, Identitätssuche und aktueller Wirklichkeit fand auch innerhalb der Konferenz ihren Niederschlag. Bereits bei der Ankunft in Ochos Rio, einem kleineren Ort der Insel, wurde man vom 14. Stockwerke hohen Konferenz-Hotel, ein riesiger Wolkenkratzer, fast geblendet und verschwand also bald in einem dynamischen Touristengetriebe, wie es für so viele Orte heute kennzeichnend ist. Wie eine kleine Touristenstadt, genügt das Monsterhotel ganz sich selbst; die Bewohner des Hotels – und weitere Bauten erheben sich bereits aus dem Grund – treten mit der Bevölkerung der Umgebung kaum in Kontakt, da sie sich nur innerhalb der Umfriedung und dem ebenfalls sehr sorgfältig abgesteckten Strand aufhalten. Die Atmosphäre von Ferien und Amusement übertrug sich auf die Konferenz, indem die touristische Seite bald jede seriöse wissenschaftliche Arbeit überwog. Das Programm wurde nicht eingehalten, die Referenten fanden sich nicht ein, und eines Abends wurde eine wichtige Darbietung einfach abgesagt, weil das Nachbarhotel «*free food and drinking*» offerierte sowie einen Carnival. Am Wochenende wurde das bereits gut besetzte Hotel plötzlich von Scharen von Teenagern überflutet. «*It's crazy!*», so rief der Taxifahrer Tony auf dem Weg

zum Flugplatz aus. Dies seien alles Kinder reicher Eltern, die hier, meist pärcchenweise, ihr Wochenende verbrächten, an Taschengeld nicht knapp. Auch hier die Vergrößerung des Abstands zwischen reich begüterten Bewohnern und jenen, die arm zu nennen, ein ungenügender Ausdruck ist.

In der «5th Annual Afro-Hispanic Literature and Culture Conference» löste die Gleichgültigkeit dem Kolumbus-Jahr gegenüber fast eine kleine Revolution aus. «Jetzt jammern die seit Jahren über ihr Identitäts-Defizit, und wenn sich die Gelegenheit bietet, diese von ihrer Essenz her aufzurollen, weichen sie in verwässerte Elaborate aus», so äusserte sich eine nicht-hispanische Teilnehmerin, und ein schwarzer Dozent aus der Karibik doppelte nach: «Ich bin an karibischer oder hispanischer Kultur überhaupt nicht mehr interessiert, mich interessiert nur noch Europa.» Einige Dozenten hatten ein speziell auf das Jubiläum zugeschnittenes Referat mitgebracht, in der Erwartung, die ganze Konferenz oder wenigstens ein Teil davon wäre dem Thema Kolumbus-Entdeckungen gewidmet, doch keineswegs. So besann man sich auch hier auf die eigenen Ursprünge und fing mit der Frage an: «Was heisst eigentlich Hispanisch?» Dass es mit der spanischen Sprache zu tun haben musste, lag bereits im Wort selbst, und was dabei Kolumbus betrifft, führte eine Spur nach *Hispaniola*, jene am 6. Dezember 1492 entdeckte Insel, die Kolumbus in Erinnerung an sein liebliches Spanien «*La Isla Española*» taufte; sie wurde später zu Haiti und Santo Domingo. Keine dreissig Jahre später, 1521, haben dieselben Spanier die Hauptstadt des alten Aztekenreiches *Technotitlan* dem Erdboden gleichgemacht. Damit war jede Erinnerung an das liebliche Spanien ausgelöscht; sehr

viel mehr ging es dabei so blutig zu, wie der Schriftsteller *Gert v. Paczensky* es in seinem Buch «*Die Weissen kommen!*» eindrücklich geschildert hat: Bis zu den Knöcheln seien die Leute in Blut gewatet, ja manche sagten, bis zu den Hüften hinauf. Mit der Schilderung dieses nicht mehr zu überbietenden Maximums an Greueln, schlug v. Paczensky den Ton an, wie er für die künftige Berichterstattung alles dessen gang und gäbe werden sollte, was sich in der eroberten Welt zutrug. In Mexiko waren es ferner die aztekischen Opferstätten, wo die Priester ihren Opfern bei lebendem Leib die Herzen herausrissen und sie noch blutend in die Höhe hielten, und andere Grauslichkeiten mehr. Doch wo interpretatorische Not vorhanden ist, wächst auch das Rettende: So wies der Schweizer Ethnologe *Peter Haller* erst jüngst nach, dass diese Greuel, wie sie auf Fresken, Malereien, in geschriebenen und mündlichen Überlieferungen vor die Welt getreten sind, aus aztekischen Mythen stammen und damit symbolisch gemeint gewesen sind, so dass man die Grausamkeiten der Conquistadores, die sich wirklich zugetragen haben, auf alle Fälle nicht mehr auf diese Art rechtfertigen oder beschönigen kann.

Auch während dieser Konferenz wurde nach Identität in Richtung Vergangenheit gesucht, vor allem in Religion und Weisheit der Indianer. Dabei traf man auf eine interessante Diskrepanz, nämlich, dass man es in Lateinamerika gar nicht schätze, wenn auf den Wert der indianischen Kultur hingewiesen werde, wie dies in Europa im Zeichen von Umweltbewusstsein heute geschieht. Man würde die Vergangenheit lieber bei den alten Reichen der Maya, Azteken, Inka und deren hoch differenzierten Kulturen und Sozialsystemen ansetzen, die zusammen mit den imposanten Tem-

peln natürlich weit repräsentativer sind. Dass diese Welt wohl endgültig vergangen ist, während die der Indianer lebendig und für die moderne Zeit verwertbar ist, bedauerte man. Fast wurden Afrikaner und Kariben beneidet, die ihre Wurzeln in Afrika suchen konnten, einem lebendigen Kontinent mit sozialen und kultischen Strukturen, die überprüfbar sind.

Wenn man der Suche nach eigener Tradition und Identität etwas müde war, wendete man sich dem Begriff «Entdeckung» zu. Der mexikanische Schriftsteller *Edmundo O'Gorman* hatte sich bereits vor dreissig Jahren darüber geäussert: «*Amerika wurde nicht entdeckt, sondern vom Europa des 16. Jahrhunderts für seine eigenen geistigen, kommerziellen und militärischen Bedürfnisse geschaffen. Daher wird die euro-zentrische Betrachtung der Neuen Welt durch die historische Evidenz widerlegt, dass Amerika durch asiatische Völker entdeckt wurde, welche die Beringstrasse überkreuzten, nach Süden emigrierten und im Dunkel der Geschichte verschwunden sind.*» Ein anderes Zitat lautete: «*Kolumbus landete 1492 auf der Insel Hispaniola, Technotlan fiel 1521, Pizarro kam 1521 nach Peru, um die Inkas zu belagern. Dies Entdeckung zu nennen, bedeutet europäische Arroganz.*» Der mexikanische Schriftsteller *Ruben Dri* betrachtet die Definition der Identität als Aufforderung, seine historischen Hausaufgaben zu machen, die Conquistadores hätten die Ursprünge dieser Völker zu vertuschen gesucht und die Spuren ihrer Götter und Helden ausgelöscht. Daher sei der erste Schritt in Richtung Freiheit die Wiederentdeckung und Integration dieses historischen Tatbestands, und er schliesst: «*Wir sind die Frucht einer grossen Gewalttätigkeit, einer gewalttätigen Entdek-*

kung, einer Vergewaltigung überhaupt. Auch das hat ins Auge gefasst zu werden in all seiner Bedeutung für die moderne Zeit.» Die Ansicht sehr vieler lateinamerikanischer Schriftsteller geht ferner dahin, dass Gewalttätigkeit und Ausbeutung von seiten der erobernden Kontinente von 1492 bis 1992 ununterbrochen andauerte und dass nur die Verursacher der Verbrechen andere sind.

Alle diese Aufdeckungen und Neuinterpretationen werden von den Lateinamerikanern als überaus wertvoll und das ominöse Jubiläum rechtfertigend angesehen. Die Hauptaufgabe würde daher darin bestehen, gegen Armut, Diskriminierung und Ausbeutung aufzustehen, in Richtung ökonomischer Prosperität und Frieden unter den Völkern des amerikanischen Kontinents. Durch das Jubiläum sei eine öffentliche Debatte ausgelöst worden, die nicht zuletzt danach geht, das Unsichtbare sichtbar zu machen, im Interesse der essentiellen Werte und der menschlichen Würde innerhalb der Gesellschaft.

Auf diesem Hintergrund war eine Konferenz in den USA interessant, die «*XI Annual International Gebser Conference*» an der Universität von Shippensburg, Pennsylvania. Sie war *Jean Gebser* gewidmet, welcher, aus Posen stammend, die Schweiz als seine Wahlheimat bestimmte und als Schweizer Kulturphilosoph bekannt geworden ist. Um die eher vernachlässigte Pflege seines Werkes hat sich bereits die «*Internationale Jean Gebser Gesellschaft*» verdient gemacht, welche 1980 mit Sitz in Schaffhausen von *Prof. Dr. Detlef I. Lauf* gegründet worden war, damals noch in Parallele mit dem «*California Institute of Integral Studies*» in San Francisco, d. h.

in den USA, wo das Interesse für Gebser anfänglich ein viel grösseres gewesen ist als in der Schweiz. In den sechziger Jahren hatte die Hochschule St. Gallen, noch unter Mitwirkung von Jean Gebser, bedeutende Vortragsreihen durchgeführt, mit Referenten wie *Adolf Portmann*, Zoologe, *J. R. von Salis*, Historiker, *G. B. Heyer*, Psychologe, in Ausweitung auf die *Eranos*-Tagungen in Ascona mit Gelehrten wie *Werner Heisenberg*, *C. G. Jung*, *Karl Kerényi*. Noch weitere bedeutende Persönlichkeiten jener Zeit scharten sich um das Werk von Jean Gebser, «*Ursprung und Gegenwart*».

Zusammen mit *Teilhard de Chardin* und dem indischen Philosophen *Sri Aurobindo* hat Gebser als erster den Begriff des Integralen in die Wissenschaft eingeführt. Die integrale Bewusstseinsstruktur sowie die Begriffe 4. Dimension, Mutation und Integration werden in seinem Hauptwerk «*Ursprung und Gegenwart*» wissenschaftlich herausgearbeitet. Die Einteilung der Bewusstseinsstufen seit Anbeginn der Menschheit in archaisch – magisch – mythisch – mental – integral sowie die Herausarbeitung von deren Defizienzphasen erlaubt den Einblick in die Gesetze des Kosmischen. Für den afrikaorientierten Ethnologen ist diese Sicht höchst wertvoll: Durch die objektiv-wissenschaftliche Darstellung wird das Magische aus seiner Stigmatisierung als primitiv erlöst.

Anhand von Physik, Biologie, Architektur, der Künste hat Gebser die Kriterien der 4. Dimension unterbaut, und damit fliesst den bisan getrennten akademischen Fakultäten neues schöpferisches Potential zu. Die gewisse Reserve Gebasers Werk gegenüber ist darauf zurückzuführen, dass sich die bisan über-

sichtlichen, eindeutigen akademischen Fakultäten, in denen man es sich wohnlich eingerichtet hatte, von unbekanntem Kriterien überflutet werden sowie durch die neuen Zusammenhänge und eine neue Dimension ins Auge fassende Sicht. Die Einbeziehung der Ebenen magisch-mythisch oder der Welt des Unsichtbaren, Irrationalen, Metaphysischen passt ebenfalls nicht in das noch immer stark durch einen etwas verschimmelten Humanismus des 19. Jahrhunderts bestimmte Weltbild oder eine durch die Technisierung bestimmte Betrachtungsweise, welche moralische und ethnische Werte einfach beiseite lässt. In einem der Referate wurde auf die Gefahr hingewiesen, dass integral oder Ganzheit vielfach mit dem «*anything goes*» des *New Age* oder einem unseriösen Durcheinander verwechselt wird. Das kann nicht geschehen, wenn man das integrale Bewusstsein als alles umfassende Peripherie betrachtet oder Kreis, in dessen Mitte das Zentrum oder ein fixer Standort steht, bestimmt durch äusserste Präzision. Auf diese Art zeigt sich genaue Sachkenntnis jeden Gebiets noch immer wichtig, doch im Zusammenspiel mit Peripherie oder Ganzheit kann nichts weder verkrusten noch unverbundlich bleiben in einem konturlosen Raum.

Wenn man das Prinzip der Ganzheit aufgrund dieses Überblicks auf seine Wirklichkeitstauglichkeit überprüfen will, so lässt sich sagen, dass Selbstbestimmung und Identitätssuche, sei es von Afrikanern, Kariben, Hispanics, Rastas oder wer immer aus diesem Kulturgebiet, in Richtung «*roots*», Vergangenheit, Schöpferisches oder gar Göttliches geht. Das heisst nichts anderes als Ganzheit, Kosmos, die bisherige mental-rational-technisierte Welt inklusive die magische und mythische, die un-

sichtbare Welt. Die so entstehende Transparenz stellt eine Sache erst in das richtige Gleichgewicht, und das Zusammenspiel von Ursprung und Gegenwart,

ebenfalls ein Gebbersches Postulat und Titel seines Hauptwerks, kann eine Zukunft schaffen helfen, die lebenswert ist.

Renato Berger



alu

Recycling isch es

Alcan Rorschach AG
CH - 9400 Rorschach
Telefon 071/40 33 33 Fax 071/40 35 35

ALCAN

er beantwortet sie abwägend in dem Sinne, dass schliesslich gerade auch Texte dieser Epoche «*das Lachen vor den angestregten Ideologien und einer überspannten Moral provoziert*» haben. Und was die Bindung an eine Utopie angeht, etwa Hölderlins Glaube, dass der Mensch «schön» aus den Händen der Natur entlassen wurde und sich diese ursprüngliche Schönheit bewusst wieder anzueignen habe, möchte Vietta diese Möglichkeit für «*geschichtlich vielleicht noch nicht verspielt*» halten (I. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart 1992).

Sieben Jahre mit Friedrich Dürrenmatt

Charlotte Kerr, Regisseurin, Filmemacherin und Schauspielerin, hat unter dem Titel «*Die Frau im roten Mantel*», ihre Erinnerungen an die Jahre niedergeschrieben, die sie von 1984 bis zu seinem Tod als Frau an der Seite Dürrenmatts gelebt hat. Der Titel spielt auf Dürrenmatts Meisternovelle «*Der Auftrag*» an, wo ein Logiker namens D. und eine Filmerin, die das Porträt eines Planeten mit der Kamera einfangen will, als Hauptfiguren erscheinen. Ein roter

Mantel, Identifikationsrequisit in einem kriminalistisch-philosophischen Spiel mit den Wirklichkeiten des kalten Krieges, den Möglichkeiten totaler Überwachung und der Beziehung und Gesprächspartnerschaft zwischen dem Mann und der Frau, ist dabei von grosser Bedeutung. «*Die Frau im roten Mantel bin ich*», beginnt Charlotte Kerr ihre Aufzeichnungen über die Zeit, in der sie mit Dürrenmatt gelebt, ihn filmisch porträtiert, mit ihm über seine Arbeit diskutiert hat. Nicht ohne Bedenken wird man sich diesem Bekenntnisbuch nähern. Aber die Bedenken lösen sich auf. Keine Indiskretion, keine Sensationen und keine Spekulation auf leichten Erfolg mit Enthüllungen liegen hier vor, sondern der Rechenschaftsbericht einer intelligenten und kreativen Frau, die den an Visionen und kreativen Einfällen unerschöpflichen Dürrenmatt aus nächster Nähe erlebt und sich in ihrer Eigenständigkeit behauptet. Das Buch enthält viele Faksimiles von Dürrenmatts drolligen Liebesbriefen, die meisten in Versen. Auch dies ist keine Verletzung der Intimität, sondern Rechenschaft, Dokumentation einer ungewöhnlichen menschlichen Beziehung (R. Piper Verlag, München 1992).

Errata

Im Artikel des Mai-Heftes, «Columbus and after – oder überhaupt» von Renato Berger, Seite 379, 1. Abschnitt rechts, muss es heissen: Peter **Hassler** (nicht Haller).

Es ist vom Buch, der gedruckten Dissertation dieses Autors die Rede: Menschenopfer bei den Azteken? Eine quellen- und ideologiekritische Studie, Europäische Hochschulschriften, Reihe XIX, Abt. Ethnologie, Band 30, Peter Lang, Europäischer Verlag der Wissenschaften, Bern 1992.